



82v 25.2/88

Ministerium bestätigt Dioxin-Funde, aber:

In Münchehagen gibt es keinen Grund für Hektik

HANNOVER/MÜNCHEHAGEN (tyl) Das Niedersächsische Umweltministerium hat am Mittwoch bestätigt, daß in unmittelbarer Nähe der stillgelegten Sondermülldeponie Münchehagen (Kreis Nienburg) Dioxine, darunter auch die als Seveso-Gift bekanntgewordene Verbindung, nachgewiesen worden ist. Während Mitarbeiter des Ministeriums „keinen Anlaß für unangemessene Hektik“ sahen, forderten SPD, FDP und Grüne weitere Vorsichtsmaßnahmen.

Anlaß für die Diskussion ist ein Zwischenbericht des Landesamts für Bodenforschung. Untersucht wurde ein zum Teil landwirtschaftlich genutztes rund 400 Hektar großes Gelände, das an die etwa zehn Hektar große Deponie grenzt, die 1983 stillgelegt wurde. Die Ergebnisse sollen in ein Sicherungskonzept für die Deponie münden.

Die Zwischenergebnisse, so das Ministerium am Mittwoch in Hannover, gäben keinen Anlaß, die landwirtschaftliche Nutzung wegen des Nachweises von Dioxinen einzuschränken. Obwohl bundesweit ein Wert von 1,0 ppb (parts per billion) als Richtgrenze gelte, habe man den beim Chemie-Unfall im italienischen Seveso festgelegten Grenzwert von 0,05 ppb für Münchehagen zugrundegelegt.

Die Gesamtmenge der sogenannten CDD(Chlordibenzdioxin)-Substanzen, zu denen das sogenannte Seveso-Dioxin gehört, sei den Messungen zufolge auf landwirtschaftlich genutzten Flächen entweder nicht nachweisbar oder aber eindeutig unter dem Seveso-Richtwert, erklärte ein Mitarbeiter des Landesamts unserer Zeitung auf Anfrage. Hier sei lediglich an einer Stelle ein Gesamtwert von 0,003 ppb (darunter 0,001 ppb Seveso-Dioxin) festgestellt worden.

In einem unmittelbar an die Deponie grenzenden Waldstück, das früher offenbar von Deponieabwasser beziehungsweise Flugasche verseucht wor-

den war, habe man an drei Stellen im Auflagehumus des Waldbodens CDD-Gesamtwerte zwischen 0,063 und 0,114 ppb (Seveso-Dioxin 0,008 bis 0,021 ppb) nachgewiesen. Dieses Gelände sei ohnehin als kritisch eingestuft, weitere Untersuchungen unumgänglich.

Die Grünen im Niedersächsischen Landtag forderten am Mittwoch, eine landwirtschaftliche oder forstwirtschaftliche Nutzung des Geländes zu untersagen.

Die SPD-Abgeordnete Bärbel Tewes warf dem Ministerium vor, mit Beschwichtigungsformeln das gesundheitliche Risiko in der Umgebung der Deponie herunterzuspielen. Der umweltpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Friedrich-Theodor Hruska, forderte umfassende Information und eine Kennzeichnung der belasteten Gebiete.

Zur Forderung der örtlichen Bürgerinitiative „Bürger gegen Giftmüll“, den Verzehr von Wildfleisch aus dem Raum Münchehagen zu verbieten, erklärte der Münchehagen-Beauftragte der Landesregierung, Günter Feist, die belastete Waldfläche sei für das Wild keine dauerhafte Nahrungsgrundlage. Man werde dazu aber die Toxikologen befragen, die die willkürlich festgelegten Grenzwerte und die Gefährdung durch bestimmte Dioxine allerdings unterschiedlich beurteilten.

Jürgens zu Asylpolitik

„Kein Grund zu Dramatik“

HANNOVER (lm) Der niedersächsische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Heinrich Jürgens (FDP), hat die Auffassung vertreten, daß in der Asylpolitik kein Grund zur Dramatik bestehe.

„Die Asylfrage darf nicht regelmäßig zu Fingerhakeleien in der Politik führen“, erklärte Jürgens am Mittwoch in Hannover. Eine Einschränkung des Grundrechts auf Asyl, so der Minister, sei nicht notwendig. Jürgens ermahnte die Politiker, aufzupassen, „daß wir die Wirklichkeit nicht verzerren und verändern“. Es gebe „keinen Asylanstrom, der bekämpft werden muß“.